

Gemeinsame Erklärung

Pharma Baden-Württemberg 2013

Präambel:

Der Finanz- und Wirtschaftsminister ist sich mit den in Baden-Württemberg ansässigen Pharmaunternehmen, der IG BCE sowie den Landesbranchenverbänden des VCI und BPI einig, dass die Pharmazeutische Industrie eine wichtige Branche der Gesundheitsindustrie darstellt. Zusammen mit den ebenfalls in Baden-Württemberg beheimateten Medizintechnik- und Biotechnologie-Unternehmen leistet sie einen unverzichtbaren Beitrag zum Erfolg der baden-württembergischen Wirtschaft. Die Gesundheitsindustrie ist gemeinsam mit den Forschungseinrichtungen und den Gesundheitsdienstleistern Innovationstreiber in der Gesundheitswirtschaft und ein Wachstumssektor mit Potenzial zur Leitbranche sowie Garant für das im internationalen Vergleich sehr hohe Niveau unseres Gesundheitssystems. Daher ist unser gemeinsames Ziel, diesen Bereich in Baden-Württemberg für die Zukunft zu stärken.

Baden-Württemberg ist der größte Pharmastandort in Deutschland mit ca. 120 Unternehmen, 36.000 Beschäftigten und rund 8,5 Milliarden Euro Umsatz. Die Bandbreite reicht dabei vom Global Player bis zu einer Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen, die eine hohe Bedeutung für den Standort haben.

Die Wachstumsdynamik, Innovationsstärke und Bedeutung der baden-württembergischen Pharmaindustrie für den Exporterfolg ist herausragend. Mehr als ein Fünftel des Umsatzes des deutschen Arzneimittelmarktes wird in Baden-Württemberg generiert. Die Exportquote liegt mit 72 Prozent fast zehn Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt.

Baden-württembergische Unternehmen sind außerdem führend in der Entwicklung pflanzlicher Arzneimittel und bei Homöopathie. Auch im Bereich des Selbstmedikationsmarktes hat Baden-Württemberg eine herausragende Stellung. In diesem vom Bürger direkt nachgefragten Arzneimittelsegment steht Baden-Württemberg an erster Stelle. Immerhin 1/3 des gesamten Selbstmedikamentenumsatzes kommt von Unternehmen aus Baden-Württemberg.

Die Pharmaindustrie stellt in Baden-Württemberg zahlreiche hochqualifizierte, wissensintensive und krisensichere Arbeitsplätze bereit. Durch die vielschichtigen ökonomischen Verflechtungen der Arzneimittelindustrie mit anderen Unternehmen und Dienstleistungsbereichen der Gesundheitswirtschaft ergeben sich weitere positive Effekte auf die Bruttowertschöpfung und die Beschäftigung. Allein der Anteil der in der baden-württembergischen Pharmabranche direkt Beschäftigten macht etwa ein Viertel der bundesweiten Arbeitsplätze in dieser Industriebranche aus.

Die baden-württembergische Pharmaindustrie trägt mit ihren vielfältigen Produkten dazu bei, Krankheiten zu behandeln und im besten Fall durch Prävention, wie zum Beispiel Impfmaßnahmen, deren Entstehung zu vermeiden. Patienten stellt sie durch ihr Engagement in Forschung und Entwicklung wirksame Diagnostika und Arzneimittel zur Verfügung, die heilen oder zumindest Symptome lindern können. Dieser wichtigen gesundheits- und gesellschaftspolitischen Aufgabe, in deren Mittelpunkt das Wohl und die Lebensqualität der Menschen stehen, stellen sich die Gesprächspartner. Dabei steht aber auch der ökonomische Erfolg im Blickpunkt.

Für die Sicherstellung einer hochwertigen Versorgung mit Arzneimitteln und der Gewährleistung, dass die Unternehmen auch weiterhin in Deutschland forschen, entwickeln und produzieren können, müssen Unternehmen, Gesellschaft und Politik ihr Blickfeld erweitern und entsprechende positive Standortbedingungen schaffen.

Ausgaben für Arzneimittel dürfen nicht nur einseitig als Kosten betrachtet werden. Sie sind Investitionen in die Gesundheit der Bevölkerung. Darüber hinaus stärken Ausgaben im Gesundheitswesen unsere Volkswirtschaft und helfen, Werte in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen, welche die Gesundheit und den wirtschaftlichen Wohlstand der baden-württembergischen Menschen sichern.

Um diesen Perspektivwechsel voranzutreiben, setzen sich der Finanz- und Wirtschaftsminister, Unternehmensvertreter der Arzneimittelindustrie, die IG BCE sowie die Landesbranchenverbände des VCI und des BPI im Rahmen des Branchendialogs Pharma 2013 für Reformen in folgenden Bereichen ein:

Rahmenbedingungen:

Die Unternehmen der Gesundheitsindustrie benötigen einen stabilen und verlässlichen Ordnungsrahmen. Daher muss der Widerspruch zwischen dem politischen Bekenntnis zur Innovations-, Wirtschafts- und Forschungspolitik in Deutschland und der Intensität und Häufigkeit von staatlichen Eingriffen in die Rahmenbedingungen für die industrielle Gesundheitswirtschaft, wie zum Beispiel Zwangsrabatte und Preismoratorien, aufgelöst werden.

Maßnahmen:

- Bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für den Arzneimittelmarkt ist eine gesamtwirtschaftliche, ressortübergreifende Betrachtung unabdingbar. Die Auswirkungen staatlichen Handelns auf Forschung, Wirtschaft, Beschäftigung und Gesundheit der Menschen müssen ausgewogen berücksichtigt werden.

- Bei einer durchschnittlich benötigten Forschungsdauer von 10-15 Jahren für neue Arzneimittel müssen die Rahmenbedingungen langfristig planbar, transparent und berechenbar gemacht werden. Das muss in Zukunft bei entsprechenden Gesetzesvorhaben stärker berücksichtigt werden.

Forschungsförderung:

In der sogenannten Lissabon-Strategie hatten sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zum Ziel gesetzt, Europa bis zum Jahr 2010 zum "wettbewerbsfähigsten, dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt" wachsen zu lassen. Daher sollten die Ausgaben für Forschung & Entwicklung bis 2010 auf 3% des Bruttoinlandsproduktes gesteigert werden. Dieses 3%-Ziel wurde unverändert auch in die Strategie Europa 2020 übernommen. Baden-Württembergs Forschungsleistung ist bereits heute hervorragend - mit gut 5,1% F&E-Ausgaben übertrifft Baden-Württemberg schon heute das Lissabon-Ziel. Allerdings werden 80% dieser Ausgaben von den Unternehmen getragen. 28% der internen F&E-Aufwendungen der deutschen Pharmaindustrie werden in Baden-Württemberg getätigt. Eine ausreichend entwickelte staatliche Forschungsförderung könnte diese Zahlen noch dynamisieren.

Maßnahmen:

- Deshalb wird sich der Finanz- und Wirtschaftsminister dafür einsetzen, wirksame steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung gerade für mittelständische Unternehmen zu schaffen. Die Einführung einer steuerbasierten F&E-Förderung für alle Unternehmensgrößen auch in Deutschland ist ein Garant dafür, dass etwaige Nachteile im internationalen Wettbewerb kompensiert werden. Der Minister schlägt daher die Einführung einer staatlichen F&E-Förderung, unabhängig von der Unternehmensgröße, vor. Ergänzend zu den direkten Förderungen wie Zuschüssen wird an eine steuerliche Förderung in Höhe von 10% der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung gedacht, wobei die begünstigten Aufwendungen auf maximal 5 Mio. Euro je Unternehmen und Jahr gedeckelt werden sollen. Damit auch junge Unternehmen profitieren, die typischerweise Verluste erzielen und daher keine Steuerschuld aufweisen würden, sollte die Förderung nicht nur als Steuergutschrift, sondern in diesen Fällen als Forschungszulage ausgestaltet werden. Steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung sichern Forschung und Entwicklung, Produktion, und damit Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland!

Investitionsklima:

Für Wirtschaftswachstum sind Standortinvestitionen eine notwendige Voraussetzung. Investitionsentscheidungen werden heute zunehmend im internationalen Standortwettbewerb getroffen. Die Arzneimittelindustrie wächst in Deutschland nur noch aufgrund ihres hohen Exportanteils. Der Heimatmarkt stagniert bzw. schrumpft. So könnte dem hohen Warenexport bald eine zunehmende Abwanderung von Arbeitsplätzen und Industriekapazitäten folgen. Gemeinsames Ziel ist es, diesem Trend entgegen zu wirken.

Maßnahmen:

- Ein konstruktiver, ressortübergreifender Dialog über die Bedeutung der industriellen Gesundheitswirtschaft im Heimatmarkt sollte stattfinden, auch unter dem Gesichtspunkt des Referenzmarktes für ein erfolgreiches Exportgeschäft.
- Die Bedeutung von Arzneimitteln und medizinischer Vorsorge und Therapie für die Lebensqualität der Menschen muss stärker in den Blickpunkt gerückt werden. Unternehmen müssen sich auf eine faire und angemessene Preisbildung verlassen können. Dazu müssen auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen überdacht und angepasst werden, so dass der Heimatmarkt wieder attraktiver wird.
- Eine Wertschätzung der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette würde die Bereitschaft zur Investition bei den Firmen fördern und ihre Wettbewerbsfähigkeit und Exportstärke sichern. Gemeinsam wollen die Gesprächspartner einen Dialog mit der Öffentlichkeit starten.
- Marktzugang, Versorgungsqualität und Preisgestaltung sind mit dem Wohl der Patienten und mit dem Angebot guter Arbeitsplätze sowie den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen in Einklang zu bringen.

Marktzugang:

Die Investitions- und Innovationstätigkeit von Arzneimittelherstellern und damit auch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen im Heimatmarkt wird maßgeblich davon beeinflusst, welche Kriterien der Bewertung von medizinischen Erkenntnissen und der Preisfindung für Arzneimittel in Deutschland zugrunde liegen. Es muss auch in Zukunft gewährleistet sein, dass Patienten unmittelbaren Zugang zu innovativen Arzneimitteln haben. Dazu sollten die bestehenden Strukturen überprüft werden.

Maßnahmen:

- Bei der Klärung von Methodenfragen und bei Bewertungen von Gesundheitsleistungen müssen alle Betroffenen, insbesondere die Vertreter von Patienten, Gesundheitsberufen und Pharmaunternehmen, fair und angemessen einbezogen werden. Ein offener, transparenter Dialog muss entstehen.
- Eine klare personelle und organisatorische Trennung von Bewertungs- und Preisverhandlungsprozessen ist zu gewährleisten.
- Auch kleine Innovationsschritte müssen honoriert werden, da aus Sicht der betroffenen Patienten schon kleine Schritte eine große Entlastung bedeuten können und die Summe dieser Schritte zu Innovationssprüngen führt. Aktuell werden diese nachgewiesenermaßen für die Patienten wichtigen Verbesserungen von den zuständigen Organen nicht anerkannt. Eine Gegenfinanzierung dieser wichtigen Forschungs- und Entwicklungsleistungen der Unternehmen ist in Deutschland nicht mehr möglich. Die Marktchancen für mittelständische Unternehmen, die gerade in diesem Entwicklungsbereich liegen, werden zerstört.

Der Gesetzgeber hat hier entsprechende Vorgaben an die Selbstverwaltung zu machen.

- In der Entwicklung von „Personalisierter Medizin“ sind die baden-württembergischen Forschungsinstitute und Unternehmen führend. Diese Position soll erhalten und ausgebaut werden. Eine Erstattung von „Companion Diagnostics“ muss zeitgleich zur Zulassung der dazugehörigen Arzneimitteltherapie stattfinden, damit diese „Personalisierte Medizin“ auch alle Patienten unmittelbar erreicht, die davon profitieren können.
- Im Generikamarkt bedarf es neuer Weichenstellungen, da erste Versorgungsprobleme in Deutschland auftreten. In der Regel sind heute die Erlöse so gering, dass eine Produktion in Deutschland nicht mehr wirtschaftlich darstellbar ist. Zudem hat die teilweise strenge Anwendung von Rabattregelungen zu einer schädlichen Verengung auf der Anbieterseite geführt, worunter insbesondere kleinere und mittelständische Generikahersteller leiden. Im Dienst der Versorgungssicherheit und der Verantwortung gegenüber den Menschen, aber auch im Sinne einer erfolgreichen Gesundheitswirtschaft sollte die deutsche Politik ein besonderes Interesse an vielfältigen und leistungsstarken Unternehmen in Deutschland haben.
- Die Neuentwicklung von Arzneimitteln für den Selbstmedikationsmarkt muss wieder sinnvoll ermöglicht werden. Die Hersteller von pflanzlichen Arzneimitteln könnten dann auch in Deutschland wieder neue Produkte auf den Markt bringen. Hierzu bedarf es passender Marktzugangsregelungen, so z. B. einer Opt-out-Klausel aus der Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen.
- Die Arzneimittelhersteller der besonderen Therapierichtungen werden in ihrem Bestreben, diese Arzneimittel für jeden Bürger, unabhängig von der persönlichen finanziellen Situation, zugänglich zu machen, unterstützt.

Fazit:

Die Pharmaindustrie muss als wichtiger und standorttreuer Arbeitgeber und Steuerzahler in der Gesellschaft Anerkennung finden. Hier werden gute und konjunktur-unabhängige, hochqualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt und eine hohe Wertschöpfung für die Gesellschaft insgesamt erarbeitet. Eine „Wertschätzung für die Wertschöpfung“ muss einen bewussten Umgang mit den Ressourcen dieser wichtigen Industrie beinhalten.

Die Partner werden gemeinsam die oben genannten Verbesserungen der Rahmenbedingungen vorantreiben. Die Unternehmen bekennen sich zum Pharmastandort Baden-Württemberg. Die Partner werden gemeinsam den Dialog mit den Bürgern initiieren, um Vorurteile abzubauen und die Bedeutung der Pharmaindustrie in Baden-Württemberg in der breiten Öffentlichkeit zu verankern.

Stuttgart, 11.11.2013